



CDU

Europäische Herausforderungen für unser Land – den Spitzenplatz halten.

Beschluss des
57. Landesparteitag
der CDU Baden-Württemberg



Präambel

Baden-Württemberg nimmt einen Spitzenplatz unter allen Regionen der Europäischen Union ein. Dies ist eine Leistung der Menschen und das Ergebnis der Politik der CDU im Land. Damit Baden-Württemberg auch weiter ganz vorne mitspielt, gilt es jetzt die Weichen für die Zukunft zu stellen und die europäischen Herausforderungen anzunehmen.

Nach 50 Jahren hat sich das vereinte Europa – das nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist – zu einem verlässlichen Garanten für Frieden, Freiheit, Demokratie Wohlstand, sozialem Ausgleich und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent entwickelt. Aus 27 zum Teil verfeindeten Nachbarn sind Partner und Freunde geworden. Hieran hatten die CDU und ihre Kanzler – angefangen bei Konrad Adenauer über Helmut Kohl und nun Angela Merkel – einen entscheidenden Anteil.

Wir müssen Europa heute mehr denn je als Chance begreifen, auf der Grundlage einer gefestigten Friedens- und Freiheitsordnung die vielen neuen Herausforderungen, vor die uns die Globalisierung stellt, zu meistern. Einem starken und einigen Europa wird es gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft auszubauen und das Modell der Sozialen Marktwirtschaft zum Vorbild für andere Regionen der Welt werden zu lassen.

Gerade Baden-Württemberg mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaft, seinen hochqualifizierten Arbeitern und Angestellten und seinen ausgezeichneten Bildungseinrichtungen ist hierfür hervorragend positioniert. Diese Chancen gilt es für die Menschen in unserem Land auch in Zukunft zu nutzen. Bereits heute gehen über 70 % des baden-württembergischen Exports ins benachbarte Ausland. Dies zeigt die große Bedeutung Europas für die Arbeitsplätze in unserem Land. Daher ist es für Baden-Württemberg von größtem Interesse, dass die europäischen Institutionen reformiert werden und mehr Handlungsfähigkeit erlangen.

1. Europa von den Bürgern her gestalten

Europa soll sich um die großen Herausforderungen kümmern, die auf europäischer Ebene einheitlich gelöst werden müssen, weil sie der Nationalstaat allein nicht mehr bewältigen kann. Ein darüber hinausgehender Reglementierungsanspruch durch die EU-Kommission ist aber abzulehnen. Denn nicht bereits dann, wenn mehrere Mitgliedsstaaten an den gleichen Themen arbeiten (z.B. Bodenschutz- oder Stadtverkehrspolitik), muss eine europaweit einheitliche Regelung durch Brüssel gefunden werden. Hier ist noch immer der Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

zu berücksichtigen, zu dem sich die CDU Baden-Württemberg bekennt: Was vor Ort durch die Mitgliedsstaaten selbstständig geregelt werden kann, soll auch vor Ort geregelt werden. Nur so werden die Bürger Europa akzeptieren und den Mehrwert europaweiter Entscheidungen bei den eingangs erwähnten großen Herausforderungen anerkennen.

2. Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sichern

Um die EU wieder handlungsfähiger zu machen, müssen europäische Entscheidungen viel häufiger als heute durch Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden können. Das derzeitige Einstimmigkeitsprinzip führt oft zu sachfremden Kompromissen und gefährdet damit die Akzeptanz der Entscheidungen in der Bevölkerung. Damit die europäische Rechtsetzung transparenter und überschaubarer wird, müssen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments deutlich gestärkt werden.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich daneben auch für einen weiteren Ausbau der EU-Rechte auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus, weil Europa nur dann eine größere Rolle bei der Sicherung des Friedens und der friedlichen Konfliktlösung in anderen Teilen der Welt spielen kann, wenn es nach außen mit einer Stimme spricht.

Dies bedeutet aber, dass dem Ausbau der Handlungsfähigkeit der EU in den nächsten Jahren Vorrang vor der Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten zukommen muss. Dabei steht für die CDU Baden-Württemberg und ihre Vertreter im Europäischen Parlament bzw. im Deutschen Bundestag bereits jetzt fest, dass neue Mitglieder überhaupt nur dann in die EU aufgenommen werden können, wenn sie sämtliche Beitrittsbedingungen erfüllen. Hier darf es zu keinen politischen Rabatten kommen, weil in diesem Fall neben der Handlungsfähigkeit auch die Glaubwürdigkeit der EU leiden würde.

Was das Tempo des weiteren Zusammenwachsens innerhalb der bestehenden Europäischen Union angeht, gilt umgekehrt der Grundsatz der differenzierten Beschleunigung. Das bedeutet, dass nicht die langsamsten Staaten die Geschwindigkeit der inneren Einigung vorgeben dürfen. Es muss stattdessen zunehmend möglich sein, Staaten, die in der Lage sind, auf bestimmten Gebieten voranzuschreiten, auch schneller sich zusammenfinden zu lassen. Ein sehr gelungenes Beispiel hierfür ist der Euro, der 2002 von damals nur elf Staaten als Gemeinschaftswährung eingeführt wurde. Diesem Schritt, der sich als gut und richtig erwiesen hat, sind bisher vier weitere EU-Mitglieder gefolgt, was beweist, dass die langsamen Staaten bei dieser Politik nicht abgehängt werden, sondern den Ansporn erhalten, nachzukommen.

Eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union hält die CDU Baden-Württemberg nach wie vor für falsch und spricht sich auch weiterhin für eine privilegierte Partnerschaft aus. Dazu könnten eine ausgebauten Zollunion, die vertiefte Zusammenarbeit in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie intensivere Kooperation auf den Gebieten Innere Sicherheit und Rechtspolitik gehören.

3. Europa verbindet

Oft zeigt sich die Brüsseler Bürokratie als zentralistisch und bürgerfern. Dies ist ein Fehler. Europa muss dort stattfinden, wo die Menschen sind: vor Ort, in Vereinen, Schulen, Gemeinderäten und Unternehmen. Europa muss deshalb von unten nach oben aufgebaut werden - von den Kommunen über die Länder/Regionen und die Nationalstaaten. Das Subsidiaritätsprinzip muss dabei ein entscheidendes, vor allem von Kommission, Ministerräten und Europäischem Gerichtshof zu beachtendes Ordnungsprinzip der Europäischen Union sein. Die Länder/Regionen müssen das Recht erhalten, gegen Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips wirkungsvoll vorzugehen. Diesen Anspruch müssen deshalb Personen vertreten, die grenzüberschreitend um Vertrauen werben können. Dazu zählen die Christdemokraten in Baden-Württemberg und anderswo. Es erscheint daher ratsam, 2014 mit einem eigenen Spitzenkandidaten aus den Reihen der Europäischen Volkspartei in die Wahl des Kommissionspräsidenten zu gehen, um den am Bürgerwohl orientierten Gestaltungsanspruch der baden-württembergischen CDU deutlich zu machen.

Seit mehreren Jahrzehnten tragen die vielen Partnerschaften von Städten, Gemeinden, Schulen und Vereinen aus dem Land dazu bei, dass Europa ein menschliches Gesicht bekommt. Eine Intensivierung dieser Partnerschaftsarbeit und deren Ausweitung auf die neuen EU-Länder sind deshalb geboten.

- Kommunen und Land sind aufgerufen, neue Konzepte für kommunale Partnerschaften zu entwickeln, die eine Zusammenarbeit an konkreten Projekten und gemeinsam ermittelten Problemen mit Partnern aus anderen Ländern vorsehen.
- Unsere vielen Städtepartnerschaften bieten die Möglichkeit, Kommunen aus anderen europäischen Ländern die Vorteile des deutschen Systems der Selbstverwaltung näherzubringen. So kann in anderen Mitgliedsstaaten die Neigung gefördert werden, es dem deutschen Erfolgsmodell gleichzutun.

EU-Bürger stärker in kommunale Verantwortung bringen

In den Städten und Gemeinden leben viele wahlberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger aus anderen EU-Mitgliedsstaaten.

- EU-Bürger sollten von den örtlichen CDU-Verbänden ermutigt werden, stärker an der Kommunalpolitik mitzuwirken.
- Vor der Kommunal- und Europawahl 2009 sollten unter Federführung der CDU EU-Bürger gezielt über Möglichkeiten der Wahlteilnahme informiert werden (z.B. in Amtsblättern).
- Eine Erweiterung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Ausländer wird weiterhin aus verfassungspolitischen Gründen abgelehnt. Die Integration von Ausländern erfolgt nicht dadurch, dass diese das Wahlrecht erhalten. Das Wahlrecht muss am Ende des Integrationsprozesses stehen, gleichsam als dessen Ergebnis und Folge der Einbürgerung, und nicht schon am Anfang.

Transeuropäische Verkehrsnetze verbinden Baden-Württemberg mit Europa und der Welt

Als Land in der Mitte Europas, das am Schnittpunkt wichtiger Verkehrsachsen gelegen ist, profitiert Baden-Württemberg von Fördermitteln für die Verwirklichung der Trans-europäischen Verkehrsnetze. Insbesondere das Projekt Baden-Württemberg21, zu dem auch das Bahnhofprojekt Stuttgart21 gehört, sichert dem Land eine zukunftsfähige Anbindung an europäische Verkehrsnetze und die Einbindung in die Eisenbahn-Achse Paris-Bratislava-Budapest. Baden-Württemberg21 ist damit nicht nur ein verkehrspolitischer Meilenstein, sondern eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des gesamten Landes.

- Die Eisenbahn-Achse von Amsterdam bis Genua führt über das Rheintal. Ein wesentliches Element dieser Achse zwischen Nordsee und Mittelmeer ist der Neuzw. Ausbau der Rheintalbahn. Bahn und Bund müssen dieses wichtige Projekt mit voller Kraft vorantreiben und die erforderlichen Mittel bereitstellen. Bei der Planung ist auf die Belange von Mensch und Umwelt in gebotener Weise Rücksicht zu nehmen.
- Der Ausbau der Strecke Mannheim-Frankfurt muss ebenfalls zeitnah erfolgen. Eine Abkoppelung der Stadt Mannheim ist nicht akzeptabel, da damit unnötige Mehrkosten sowie eine erheblich schwierigere Anbindung der Stadt und der Metropolregion an den Fernverkehr verbunden wären. Ebenfalls weiter auszubauen sind als transeuropäische Verkehrswege die Bundesfernstraßen im Land mit den West-Ost-

Verbindungen von Mannheim über Heilbronn nach Nürnberg, von Karlsruhe über Stuttgart nach Ulm, von Freiburg über Tuttlingen nach Ulm sowie von Lörrach über Waldshut zum Bodensee.

4. Das soziale Europa

Über die positiven Errungenschaften des Binnenmarktes hinaus ist Europa eine auf den Menschen hin konzipierte und orientierte Gemeinschaft, die sich in ihrer Gesetzgebung an der christlichen Soziallehre orientiert. Ein ausreichender Schutz der entsprechenden Belange der Unionsbürger muss deshalb weiterhin in allen Mitgliedsstaaten gewährleistet sein. Dabei obliegt die konkrete Ausgestaltung der sozialen Absicherung gemäß dem bereits erwähnten Subsidiaritätsprinzip den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Für unser bewährtes deutsches Fünf-Säulen-System (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung) bedeutet dies, dass wir an ihm festhalten können. Es steht im internationalen Vergleich hervorragend da und gilt nicht nur in Europa als eines der leistungsfähigsten Sozialmodelle überhaupt.

5. Unser Land muss seine Europafähigkeit weiter ausbauen

Starke Kommunen in Europa

Im europäischen Binnenmarkt kommt es mehr und mehr auf gute Standortbedingungen an. Diese werden vor Ort, in der Kommune, geschaffen. Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben sich hierauf eingestellt und sind bestrebt, ihren Bürgern und Wirtschaftstreibenden ein möglichst gutes Umfeld zu bieten. Dabei ist im Wettbewerb um optimale Lösungen die gewachsene Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden bei uns ein großes Plus, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Die kommunale Wasserversorgung Baden-Württemberg etwa darf als ein Musterbeispiel erfolgreicher und bürgernaher Daseinsvorsorge angesehen werden. Damit dies so bleibt, muss die kommunale Selbstverwaltung freilich erhalten und gegen Brüsseler Überreglementierung verteidigt werden. Daneben ist auch auf eine weiterhin gute finanzielle Ausstattung zu achten. Denn ohne die nötigen Gelder können Städte und Gemeinden ihre Aufgaben nicht erfüllen.

Wir wollen die Europafähigkeit der Landesverwaltung steigern

Baden-Württemberg spielt bei der Gestaltung des Konzepts „Europa der Regionen“ eine führende Rolle. Die erfolgreiche Strategie der Verbesserung der Europafähigkeit der Landesverwaltung sollte angesichts eines wachsenden Wettbewerbs unter den Regionen fortgeführt werden.

Führungskräfte in der Landesverwaltung müssen sich mehr denn je in europapolitischen Zusammenhängen auskennen und wissen, wie in der EU entschieden wird. Entsprechende Aus-, Weiterbildungs- und Hospitanzangebote sollten ausgebaut werden. Um die Fremdsprachenkompetenz der Mitarbeiter der Landesverwaltung zu stärken, sollten spezielle fachsprachliche Kurse angeboten werden. Zur Stärkung der Europafähigkeit der Landesverwaltung gehört es auch, Mitarbeiter zu motivieren, zeitweise in Brüssel tätig zu sein. Diese Bereitschaft muss gefördert und besonders gewürdigt werden.

Unser Bildungssystem muss fit für Europa und die Welt werden

Die schulische Bildung wird zum wichtigen Standortfaktor im europäischen und globalen Wettbewerb. Gerade als Hochtechnologieland in der Mitte Europas ist Baden-Württemberg besonders auf einen hohen Bildungsstandard seiner Schüler angewiesen. Das Land hat im Rahmen seiner Landeskompetenz im europäischen und deutschen Vergleich eine sehr gute Ausgangsposition erreicht, die es weiter auszubauen gilt.

- Die vorschulische Bildung sollte durch Einführung eines verpflichtenden dritten Kindergartenjahres, durch vermehrte Fremdsprachenangebote sowie Deutschkurse für Kinder mit Migrationshintergrund gestärkt werden.
- Im Bereich der Lehrerausbildung ist der Weg weiterzuerfolgen, Kenntnisse über europäische Themen, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zum Kernbestandteil des Lehramtsstudiums zu machen.
- Für Lehrer sollte die Möglichkeit geschaffen werden, einen Teil ihres Referendariats im Ausland zu absolvieren.
- Die Bandbreite des Fremdsprachenangebots sollte schulartspezifisch weiter ausgebaut werden.
- In allen Schularten empfiehlt sich die verstärkte Vermittlung von Kenntnissen über europäische Nachbarregionen und -länder sowie über Grundsätzliches zum Thema Europa.

- Die Zahl der Schulpartnerschaften, insbesondere von Haupt- und Realschulen, ist weiter zu erhöhen. Hierbei muss der Blick auch auf Länder gelenkt werden, die nicht englisch- oder französischsprachig sind.
- Für Studenten wird es immer selbstverständlicher, einen Teil der Studienzeit im europäischen Ausland zu verbringen. Die Chance zu einem längeren Auslandsaufenthalt verdienen aber auch junge Menschen, die nicht studieren. Daher sollten im Bereich der beruflichen Schulen, in Kooperation mit der Wirtschaft, Berufsanfänger und Schulabgänger verstärkt Möglichkeiten der Teilnahme am EU-Programm Leonardo erhalten.
- Antragsteller für EU-Fördermittel im Bildungsbereich verdienen seitens der Landesverwaltung mehr Unterstützung. Denkbar wäre hier die Schaffung spezieller Anlaufstellen für die Hilfesuchenden in den Landratsämtern oder Regierungspräsidien.

Baden-Württemberg ist Spitze bei der Forschung in Europa

Baden-Württemberg liegt im europäischen Vergleich an der Spitze, wenn es um die Innovationskraft geht. Bei der Höhe der Forschungsausgaben setzt das Land international ebenso Maßstäbe wie bei der Zahl der Patentanmeldungen. Diesen Spitzenplatz gilt es zu erhalten und auszubauen.

- Die Fördermöglichkeiten aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm sollen weiter konsequent genutzt werden. Die starke Unterstützung der Landesregierung ermöglicht unseren Hochschulen eine gute Erfolgsquote. Wir werden diese Unterstützung weiter ausbauen und bei Parlament, Rat und Kommission auf Bürokratieabbau und Kostensenkung bei der Antragstellung hinwirken.
- Die Anpassung der Hochschulen an den europäischen und internationalen Wettbewerb sollte fortgeführt und die finanzielle Ausstattung aller Forschungseinrichtungen auch für die Zukunft gesichert werden.
- Universitäts- und Fachhochschulabsolventen des Landes sind mehr als bisher darauf hinzuweisen, dass Europa Berufschance ist und als solche wahrgenommen zu werden verdient.

Mittelstand und Europa

Der Mittelstand schafft die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Er trägt außerdem erheblich zum Aufkommen an Steuern und Abgaben bei. Um dies weiterhin tun zu können, benötigt er Hilfe. Die CDU ist sich dieser Tatsache bewusst und räumt der

Stärkung des Mittelstandes, dem 75 % aller Unternehmen in der EU angehören, höchste Priorität in ihren wirtschaftlichen Konzepten ein. Zu ihren zentralen Forderungen zählen unter anderem: Garantie eines EU-weiten fairen und offenen Wettbewerbs. Gewährung der vier Grundfreiheiten in allen EU-Ländern.

6. Europas Vorteile müssen wir nutzen

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbindet Menschen und schafft Aufträge für Handwerk und Mittelstand

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und am Bodensee hilft den Menschen vor Ort, mit den Grenzen verbundene Hürden zu überwinden und neue Möglichkeiten für Wirtschaft und Arbeitnehmer zu erschließen.

- Die Internationale Bodenseekonferenz, die Oberrheinkonferenz, der Oberrheinrat und die Eurodistrikte sollten weiterentwickelt werden. Der Eurodistriktsrat muss mittelfristig zu einem echten Entscheidungsgremium ausgebaut werden.
- Die Rolle Straßburgs als Europastadt und Sitz zahlreicher europäischer Institutionen und die damit verbundenen Vorteile für die badischen Nachbarn sollten durch Weiterentwicklung des dortigen Eurodistrikts gestärkt werden.
- Die Landesregierung, der Bund und das Europäische Parlament müssen alles daran setzen, Hemmnisse im Dienstleistungs- und Wirtschaftsverkehr mit Frankreich und insbesondere dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz abzubauen.

Im Interesse der Verbraucher den Energiebinnenmarkt vollenden

Angesichts steigender Energiepreise und der Notwendigkeit einer Sicherung der Energieversorgung ist die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes dringend erforderlich.

- Strategische und langfristige Energiekooperationen sollten mit Energieversorgern aus den Nachbarstaaten eingegangen werden. Denkbar sind auch Beteiligungen baden-württembergischer Energieversorger an Kraftwerken in Nachbarländern. Dabei kann Deutschland aus Gründen der Versorgungssicherheit auf die Kernenergie nicht verzichten. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde auch bedeuten, dass Deutschland seine technologischen Kompetenzen auf diesem Gebiet verlieren würde. Hiervon wären gerade baden-württembergische Unternehmen betroffen.
- Die Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollten gemeinsame Energiekonzepte für die Zukunft erarbeiten und umsetzen.

Ein starker ländlicher Raum bringt Vorteile in Europa

Baden-Württemberg zeichnet sich durch einen lebendigen ländlichen Raum aus, der seinen Bürgern viel Lebensqualität bietet. Unsere Landwirte und Winzer stellen Produkte von hoher Qualität her, die keinen Vergleich zu scheuen brauchen. Die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und die Zukunftssicherung der heimischen Landwirtschaft sind wichtige Herausforderungen für ein starkes Baden-Württemberg in Europa.

- Die Landesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, dass unsere Landwirte und Winzer gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber den Konkurrenten aus den Nachbarstaaten vorfinden.
- Das Land sollte auch in Zukunft in die Fortentwicklung des ländlichen Raumes durch Förderprogramme investieren und hierfür auch EU-Mittel nutzen. Schwerpunkte müssen weiterhin Bildung, Innovation, Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaftsförderung, Sicherung und Ansiedlung qualifizierter Arbeitsplätze in Produktion und Dienstleistung sowie Tourismus ein.
- Die Landesregierung Baden-Württemberg und der Bund haben nach der Genehmigung durch die EU die Förderung für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum massiv erhöht. Dies ist unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum von allergrößter Bedeutung.
- Für die europäische Ebene soll eine Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen im Rahmen der Landesprogramme für den ländlichen Raum in uneingeschränkter Höhe ermöglicht werden.
- Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die EU zur Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU selbst eine Fördermöglichkeit für den Netzausbau schaffen kann.

Der Mittelstand profitiert von der Kleinen Außenpolitik / Donau-Kooperation / Vier Motoren

Baden Württemberg pflegt seit langem intensive und fruchtbare Kontakte zu Partnerregionen in Europa. Die Zusammenarbeit der „Vier Motoren“ Baden-Württemberg, Katalonien, Lombardei und Rhone-Alpes ist ein Modell für die Entwicklung Europas, wo wirtschaftsstarke, innovative und erfolgreiche Nationen zusammen Zukunft, Lebensqualität und Wohlstand schaffen.

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs konnten alte Verbindungen in den Donau-Raum wieder reaktiviert und nicht zuletzt zum Nutzen von Bürgern und Wirtschaft ausgebaut werden. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.

Baden-Württemberg hat durch die so genannten „Gemischten Regierungskommissionen“, die mit Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Ungarn bestehen, eine hervorragende Plattform geschaffen, um gerade der mittelständischen Wirtschaft unseres Landes Chancen auf neue Märkte zu eröffnen. Daher sollte diese Form der Kooperation auf weitere Länder ausgedehnt werden. Auch die Arbeit von „Baden-Württemberg International“ hat mit dazu beigetragen, die internationale Kompetenz unserer Unternehmen zu stärken.

Die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen muss mehr als bisher Projekte in den Bereichen Bildung, Jugendaustausch, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaftsförderung und Umwelt in den Blick nehmen.

7. Wir wollen gestalten und nicht verwalten

Europäische Vorgaben dürfen nur 1:1 in Baden-Württemberg umgesetzt werden

Die CDU Baden-Württemberg setzt statt auf Staatsgläubigkeit ihr Vertrauen in die Menschen. Dazu gehört, dass, wo immer möglich, auf staatliche Eingriffe und Vorgaben verzichtet werden soll. Bei der Umsetzung von EU-Recht in Landesrecht muss außerdem darauf geachtet werden, Vorgaben nur 1:1 umzusetzen. Eine Über-Erfüllung von EU-Vorgaben schadet der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und trifft nicht zuletzt die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

- Landtag, Landesregierung und Verwaltung sind daher aufgefordert, EU-Recht nur 1:1 umzusetzen.
- Im Bundesrat sollte sich die Landesregierung weiter dafür einsetzen, dass auch die bundesrechtliche Umsetzung der gleichen Vorgabe folgt.
- Eine weitere Verschärfung der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie ist nicht hinnehmbar, da sie mit unverhältnismäßigem bürokratischem Aufwand für Bürger und Wirtschaft verbunden ist.

Wir müssen unseren deutschen Föderalismus europafähig gestalten

Das erweiterte Europa braucht starke und handlungsfähige Regionen. Nur sie garantieren maßgeschneiderte Lösungen für die Bürger vor Ort. Die begonnene Reform des deutschen Föderalismus muss daher fortgesetzt werden.

- Nachdem die Kompetenzen neu geregelt sind, ist nun eine grundlegende Reform der bundesstaatlichen Finanzordnung geboten. Dabei sollte den Ländern die Möglichkeit eingeräumt werden, im Wettbewerb um Standortbedingungen auch Steuerfragen eigenständig zu regeln. Der Erfolg der Schweizer Kantone ist hierbei Vorbild und Ermutigung zugleich.
- Analog zum europäischen Stabilitätspakt sollte es, wie von Ministerpräsident Günther H. Oettinger vorgeschlagen, eine Schuldenbremse für die deutschen Länder und den Bund geben. Nur finanziell solide Landeshaushalte werden in Zukunft in der Lage sein, die nötigen Mittel für die Kofinanzierung von EU-Projekten aufzubringen.